

CDU-Kreistagsfraktion Lahn-Dill, Moritz-Hensoldt-Str. 24, 35576 Wetzlar

Herrn Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender
Kreishaus
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

Eingegangen am:

19. Okt. 2023

-Kreisgremien und Öffentlichkeitsarbeit-

Wetzlar, 17.10.2023

Antisemitismus konsequent bekämpfen – Solidarität mit Israel

Sehr geehrter Herr Volkmann,
ich bitte Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 13.11.2023 zu nehmen.

Der Kreistag möge einen Fünf-Punkte-Aktionsplan beschließen:

- 1. Sensibilisierung der Mitarbeiter für Antisemitismus und Islamismus**
Der Kreisausschuss wird zur Einführung von regelmäßigen Schulungen zur Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgefordert, insbesondere in der Ausländer-, Jugend- und Sozialbehörde, für Phänomene und Erscheinungsformen des Antisemitismus und Islamismus. Dabei soll ein besonderer Schwerpunkt auf dem bestehenden Ermessensrahmen bei aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen und der Prüfung von Einbürgerungsanträgen liegen.
- 2. Kooperationsverbot bei fehlendem Bekenntnis zur deutschen Staatsräson**
Der Lahn-Dill-Kreis kooperiert fortan nicht mehr mit Gemeinden der DITIB und der Milli-Görüş-Bewegung (IGMG), solange diese sich nicht vorbehaltlos zur deutschen Staatsräson – dem Existenzrecht Israels als jüdischen Staat – bekennen und die Taten palästinensischer Terroristen uneingeschränkt verurteilen. Dieses Kooperationsverbot umfasst jede Form von gemeinsamen Veranstaltungen, finanzieller oder personeller Kooperation sowie der Beteiligung dieser Vereine bei Projekten, an denen der Lahn-Dill-Kreis finanziell oder personell beteiligt ist.
- 3. Förderung von Gedenkstättenfahrten**
In kommenden Haushaltsjahren wird die Förderung von Gedenkstättenfahrten, insbesondere auch zu Gedenkstätten des Nationalsozialismus, im Haushalt verankert. Entsprechende Haushaltsmittel stehen sowohl Schulen als auch Vereinen zur Verfügung.
- 4. Mehrsprachiges Aufklärungsmaterial an Flüchtlingsunterkünften**
Wir fordern den Kreisausschuss auf, zur Verteilung mehrsprachiger Broschüren in Flüchtlingsunterkünften zum Existenzrecht Israels, dem Nahost-Konflikt und der historischen Verantwortung Deutschlands. Diese Broschüren sollten auf Arabisch, Farsi und Paschtu verfasst werden.
- 5. Partnerschaft mit Israel**
Der Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises wird aufgefordert eine Partnerschaft mit einem israelischen Regionalverband anzustreben, um die deutsch-israelische Ebene auch auf lokaler Ebene zu institutionalisieren. Ein Schwerpunkt der Kooperation ist neben dem wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Austausch auf der Jugendarbeit zu setzen.
Eine Kopie dieser Resolution wird an alle Mitarbeiterinnen und des Lahn-Dill-Kreises versendet.

...2

Seite 2

Begründung:

Am 7. Oktober wurde Israel von palästinensischen Terroristen angegriffen. Nach jetzigem Stand wurden über 1300 Israelis getötet, auch deutsche Staatsbürger sind unter den Opfern. Nach Aussage des israelischen Staatspräsidenten Isaac Herzog wurden seit der Shoah an keinem Tag so viele Juden ermordet wie an diesem Samstag. Wir sind schockiert von der Barbarei der Hamas. Massaker, Massenvergewaltigungen, die grausame Ermordung von Säuglingen und die Verschleppung von über 150 Geiseln offenbaren die Unmenschlichkeit der Terroristen.

Dieser Angriff auf Israel als jüdischen Staat ist ein Angriff auf die freie Welt. Aus historischer Verantwortung und ewiger Freundschaft zum jüdischen Volk möchten wir auch auf kommunaler Ebene ein Zeichen setzen. Der Lahn-Dill-Kreis steht uneingeschränkt solidarisch an der Seite Israels. Die israelischen Streitkräfte haben jedes Recht sich zu verteidigen und die Pflicht, ihre Bevölkerung vor weiteren Terrorangriffen zu schützen. Militärische Aktionen im Gazastreifen und andernorts sind die Antwort auf den Terror der Hamas – sie allein trägt die Verantwortung für Opfer und Zerstörung. Im Kampf zwischen dem Vernichtungsantisemitismus der Hamas und der einzigen Demokratie des Nahen Ostens kann es kein falsches Abwägen und kein Relativieren geben. Auf das „ja“ zum Existenzrecht Israels darf kein „aber“ folgen.

Die antisemitischen Sympathiebekundungen in vielen Städten Europas verurteilen wir aufs Schärfste. Es ist überfällig, migrantischen Antisemitismus als ernste Bedrohung für das jüdische Leben hierzulande zu benennen und zu bekämpfen. Viel zu lange hat die demokratische Mitte unseres Landes dabei zugesehen, wie unter dem Deckmantel der Israelkritik und des Antirassismus ein menschenverachtender Antisemitismus salonfähig gemacht wurde. Wer jüdisches Leben in Deutschland oder Israel angreift, richtet sich gegen die Staatsraison der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb braucht es auf allen politischen Ebenen konkrete Antworten gegen Antisemitismus.

Freundliche Grüße



Carsten Braun
Fraktionsvorsitzender